Zeitschrift: Schweizerische Lehrerzeitung

Herausgeber: Schweizerischer Lehrerverein

Band: 120 (1975)

Heft: 29-30

Anhang: echo : world confederation of organizations of the teaching profession = confédération mondiale des organisations de la profession enseignante = confederacion mundial de organizaciones de profesionales de la enseñanza = Weltverband der Lehrerorganisationen, Juli 1975, Nr. 4

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

echo

Jährlich 5 Ausgaben
Vol. XXIII Nr. 4
Juli 1975

WORLD CONFEDERATION OF ORGANIZATIONS OF THE TEACHING PROFESSION
CONFEDERATION MONDIALE DES ORGANISATIONS DE LA PROFESSION ENSEIGNANTE
CONFEDERACION MUNDIAL DE ORGANIZACIONES DE PROFESIONALES DE LA ENSEÑANZA
WELTVERBAND DER LEHRERORGANISATIONEN

Weltweite Diskussion von Bildungsfragen

Warschauer Konferenz über «Bildung – Beruf – Arbeitsverhältnisse»

Vom 27. bis 31. Mai 1975 fand im Hauptquartier der Polnischen Lehrer-Gewerkschaft (ZNP) eine von insgesamt 216 Vertretern aus 68 Ländern besuchte internationale Lehrerkonferenz statt, die allgemein als «die bisher auf breitester Basis durchgeführte internationale Lehrerkonferenz» betrachtet wurde. Eingeladen hatte die FISE, der Weltverband von Lehrergewerkschaften, im Namen eines internationalen vorbereitenden Komitees. Der WCOTP beschickte die Konferenz und gab damit ein Zeichen seines Wunsches, die Einheit unter Lehrerorganisationen aller weltanschaulichen Richtungen zu fördern; dagegen hatte die Internationale Vereinigung freier Lehrergewerkschaften (IFFTU) und der Weltverband der Lehrer (WCT) den Einladungen nicht Folge geleistet. Die *Delegation des WCOTP* umfasste Wilhelm Ebert, Vizepräsident; John Thompson, Generalsekretär; Thomas Rehula, Sachbearbeiter für Europa; Willy Schott (Schweiz) und Lona Towsley, Sekretärin beim WCOTP.

Paul Delanoue, Ehrenpräsident der FISE, eröffnete die Konferenz mit einem Tour d'horizon; es folgten (von ausgewählten nationalen Lehrerorganisationen) Situationsanalysen aus «kapitalistischen», «sozialistischen» und «sich entwickelnden» Ländern.

Zu Beginn der Diskussionen in der Vollversammlung gab *W. Ebert* ein Votum namens des WCOTP ab. Er betonte, dass wir «vor allem politische Verallgemeinerungen vermeiden sollten», wie beispielsweise eine übertrieben vereinfachte und standespolitisch unerquickliche und ungesunde Teilung in sozialistische und kapitalistische Staaten. Sollten die Diskussionen auf der Basis solchen Blockdenkens erfolgen, wäre dies ebenfalls schädlich für internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen. Viele Organisationen sowohl in sozialistischen wie in kapitalistischen Ländern stehen im Widerspruch zu ihrer Regierung in Fragen des Bildungswesens und in sozialen Belangen, ohne deswegen zu wünschen, dass das Gesellschaftssystem grundlegend geändert wird. Ebert äusserte sich dann zu den Hauptpunkten des Kongressthemas «Bildung – Beruf – Arbeitsverhältnisse», unter Bezugnahme auf Ergebnisse kürzlich durchgeführter WCOTP-Versammlungen und Seminare. Die (obligatorische) Grundausbildung sollte jedermann befähigen, sich neuen Erfordernissen anzupassen, sich fortzubilden und nötigenfalls neue Qualifikationen zu erwerben; die ergänzende Weiterbildung, vollzeitlich oder teilzeitlich (während der Arbeitszeit), hätte zu ermöglichen, dass der einzelne seinen Entwicklungsstand halten, seinen beruflichen Anforderungen genügen und eine schöpferische Rolle in der sich wandelnden Gesellschaft erfüllen kann. Die Grundausbildung sollte weder akademische Standards noch das gesellschaftliche Leben und die Zurüstung auf die Arbeitswelt überbetonen. Immerhin müssten alle Heranwachsenden in Kontakte mit der Gemeinschaft ausserhalb der Schule gebracht werden und in Industrie und Handel Einblick erhalten oder für einige Zeit darin ausgebildet werden. Die Aufgabe von Unterricht und Erziehung, für die Gesellschaft von morgen tüchtige Menschen heranzubilden, ist der Lehrerschaft als bedeutsame und schwere Last auferlegt. Ungeachtet des politischen Systems, in dem sie wirken, haben sie kritisches Denken zu ermutigen, ohne den Anschein zu erwecken, sich der offiziellen Politik entgegenzustellen. W. Ebert hob hervor, dass der Lehrer den Schutz der Gesellschaft brauche, gerade weil er eben diese Gesellschaft kritisch hinterfrage. In der Arbeitsgruppe, welche die Ergebnisse und Empfehlungen der Konferenz ausarbeitete, wirkte *WCOTP-Generalsekretär J. Thompson* mit. Man einigte sich, keine politischen Streitfragen aufzugreifen und verzichtete auf Einteilung in kapitalistische und sozialistische Gruppen. Die Empfehlungen betreffen vorerst die «Demokratisierung des Bildungswesens» und fordern «gleiche Chancen für alle», die uneingeschränkte Berücksichtigung von Lehrerorganisationen und andern sachlich Betroffenen bei der Bestimmung bildungspolitischer Richtlinien sowie Kontrolle über deren Durchsetzung und Erfolge. Bildung sollte demnach jedermann die Mittel zur

Neuer WCOTP-Präsident

Dieses Jahr endet die (statutarisch begrenzte) Amtszeit des gegenwärtigen WCOTP-Präsidenten Niamkey Adiko (Elfenbeinküste). Sein Nachfolger wird anlässlich der Delegiertenversammlung des Weltverbandes in Berlin (3. bis 9. August 1975) gewählt werden. Vorgeschlagen ist einzig Wilhelm Ebert, Vizepräsident des WCOTP. Ebert ist zurzeit auch Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbandes (BRD), Präsident des Bayrischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands sowie Vorsitzender des Fernsehausschusses der Bayrischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft. Seit Jahren ist Ebert standes- und bildungspolitisch aktiv. Den Weltverband hat er an rund 200 internationalen Zusammenkünften vertreten. Seit 1972 ist er Mitglied des Leitenden Ausschusses des WCOTP.

Selbstverwirklichung und zum Erwerb und zur Vervollkommnung möglichst vieler Fertigkeiten bieten, und die Verbände sollten alle gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte und Freiheiten geniessen.
Weitere Empfehlungen betreffen die *Grundausbildung* und die *Weiterbildung*; zu letzterer wird festgehalten, sie dürfe nicht auf Kosten der Länge und Dauer der Grundbildung und unter dem Vorwand einer später besseren Ausnützung der Bildungsmöglichkeiten entwickelt werden. Bildung müsse der Selbstentfaltung, dem Verständnis der Gemeinschaft, schöpferischem Denken und der Entwicklung von Beschäftigungen, technischem Wandel und Fortschritt sowie der Sicherung der Kultur dienen.
Die *Arbeits- und Anstellungsverhältnisse* betreffend, wies die Konferenz auf Probleme in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit, veralteten landwirtschaftlichen Systemen und (wegen des Einflusses multinationaler Gesellschaften) begrenzter industrieller Entwicklung hin. Es werden Massnahmen gefordert zur Behebung dieser Situation, worunter vorab die am wenigsten Ausgebildeten und insbesondere Frauen und Jugendliche zu leiden haben.
Zum *Thema «Lehrer»* stellt die Konferenz fest, dass mit dem Beruf wachsende Verantwortung, immer grössere Komplexität der fachlichen Anforderungen und vermehrte gesellschaftliche Bedeutsamkeit verbunden seien; angemessene materielle Bedingungen und soziale Geltung seien unerlässlich. Allen Lehrern sollte gleichwertige Ausbildung und somit auch gleiche Arbeitsbedingungen und Gehälter zukommen.
Zur Tätigkeit der *Lehrerorganisationen* stellte die Konferenz fest, vermehrte Zusammenarbeit sei unerlässlich, damit auf allen Stufen, wo bildungspolitische Massnahmen geplant und ausgearbeitet werden, Forderungen gestellt und die Verwirklichung überprüft werden könne. Internationale Zusammenarbeit wurde insbesonders verlangt für die Beziehungen zur UNESCO und zum ILO (Internationales Arbeitsamt). Es gehe nach wie vor darum, der UNESCO/ILO-Empfehlung betreffend den Status der Lehrer Nachachtung zu verschaffen und Verbesserungen zu erzielen.

60. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz

Das Thema der Konferenz, an der der Weltverband durch Generalsekretär Thompson und weitere Beobachter vertreten war, lautete: *«Menschlichere Arbeitsbedingungen»*.

Der Direktor des ILO, *Francis Blanchard,* wies in seiner Problemanalyse darauf hin, dass Verzögerungen in der Verwirklichung von Verbesserungen zu Unruhe und Zersetzung im gesellschaftlichen System führten, die letztlich viel teurer zu stehen kommen als die Kosten frühzeitiger und zweckmässiger Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
Die WCOTP-Delegation (der u.a. auch vier Mitglieder der Société pédagogique de la Suisse romande angehörten) beteiligte sich vor allem an den Diskussionen über «Wanderarbeiter» und «Entfaltung der Begabungsreserven: Berufswahlorientierung und berufliche Ausbildung».
WCOTP-Generalsekretär Thompson wies in seinem Votum darauf hin, dass die Vermenschlichung der Arbeit mit Fragen der Erziehung und des Unterrichts zusammenhänge: Einmal brauche es ausgewogene Lehrpläne, welche jedem Individuum eine vielseitige Entfaltung ermöglichen, ohne schon eng auf die Anforderungen eines künftigen Berufes ausgerichtet zu sein. «Diese Grundlegung der Bildung», sagte Thompson, «ist entscheidend, wenn die Menschen sich in ihrer Arbeit frei fühlen sollen, tatsächlich befähigt, angemessene Entscheidungen für ihr berufliches Leben zu treffen, ohne an eine einzige mögliche Aufgabe gebunden zu sein.» Ebenso unerlässlich sei es, sie vorzubereiten, die Gelegenheiten zu weiterer Bildung und Ausbildung auszuschöpfen, ohne dass dadurch die Qualität des ersten Ausbildungszyklus gemindert werden dürfe.
Thompson erblickte eine grosse Gefahr in der These des Generaldirektors der ILO, «es sei zweckmässig, einen früheren Eintritt der Heranwachsenden ins Arbeitsleben zu fördern – vorausgesetzt, dass ein gewisser Ausbildungsstand erreicht worden sei – und dann ausreichend Bildungs- und Schulungsgelegenheiten anzubieten, angepasst an die Entwicklungen in ihrer Arbeitswelt und im Leben der Gesellschaft».
Thompson rühmte bei dieser Gelegenheit die Wachsamkeit der ILO in bezug auf das Recht des freien Zusammenschlusses und das Recht der Verhandlung (Fall Chile und Südafrika).
Unter Bezugnahme auf das Konferenzthema erinnerte Thompson daran, dass zufolge des raschen Wandels im Bildungswesen und wegen der wachsenden Anforderungen die Lehrer heute vermehrter Belastung ausgesetzt seien. Die ILO-Konferenz verabschiedete mehrere Erklärungen und Empfehlungen, so u.a. zur Chancengleichheit der Frau im Berufsleben, zur Berufsausbildung und zur Verbesserung der Lage der Wanderarbeiter.

Aus der Arbeit der Mitgliederverbände

Sprache als politische Kraft

Sprache als Mittel zur Förderung afrikanischer Einheit ist das Thema der Allafrikanischen Lehrerorganisation anlässlich ihrer Delegiertenversammlung vom 25. bis 28. Oktober in Kairo.

Die verschiedenen Rollen des Inspektors

erörterten die 40 Teilnehmer eines Commonwealth Regionalseminars (27.5. bis 6.6.) in Kuala Lumpur, Malaysia. Führen, ausbilden, unterstützen, beurteilen – diese Funktionen muss er in seiner dynamischen Rolle erfüllen; vor allem sollte er nach Auffassung der erfahrenen Erzieher aus 14 Commonwealth-Ländern in Asien und im Pazifik vorrangig für qualitative Verbesserungen und nicht so sehr für Kontrolle da sein. Die historische Rolle eines «Wachhundes» über die Verwendung der Regierungsgelder und die Erfüllung unzähliger administrativer Pflichten erlaubte dem Inspektor kaum ein Wirken zur Verbesserung der Qualität des Lehrens und Lernens im Klassenzimmer.

NUT schlägt erweitertes Austauschprogramm vor

Die National Union of Teachers of England and Wales (NUT) hat ein Grundsatz-Dokument veröffentlicht, in dem sie für erweiterte Lehrerbildung sowie Fortbildung im Ausland eintritt. Während gegenwärtig weniger als 400 Lehrer durch Austauschprogramme erfasst werden, sollten es gemäss Vorschlag der NUT 1981/82 deren 2000 bis 2500 sein. Die Lehrer sollten berechtigt sein, einen Term («Quartal») beruflich im Ausland zu verbringen. Das Dokument fordert die Regierungen auf, das Vorhaben konkret zu unterstützen.

WCOTP-Generalsekretär und DL-Präsident Christians besprechen den Berliner Weltkongress

Zielsetzungen für Lehrerverbände

Vertreter von 20 nationalen Lehrerverbänden aus 17 Ländern Asiens und des Pazifik kamen vom 17. bis 20. April 1975 im Raywood-Fortbildungszentrum in Adelaide (Australien) zusammen zur Erörterung der Aufgaben ihrer Organisationen in der Gesellschaft. Die Ergebnisse fasste *L. H. Perera,* früherer Zentralsekretär der All Ceylon Union of Teachers und nunmehr Generalsekretär der World Federation of United Nations Associations, zusammen:

- Lehrerorganisationen haben klar bestimmte Aufgaben zu erfüllen, und zwar gemäss den Bedürfnissen des Lehrerberufs und im Rahmen nationaler Zielsetzungen;
- gegenseitige Information und ständige Kontakte auf allen Ebenen (Lehrerschaft, Organisationen innerhalb der Gemeinde, Regierung und Öffentlichkeit allgemein) sind zur Bedürfniserhellung und zur Einflussnahme von höchster Bedeutung;
- Lehrerverbände sollten wirksame Beziehungen mit Mitgliedern der Legislative suchen und vertraut sein mit dem politischen Geschehen ihres Landes, so dass sie im Zuge der politischen Entwicklung für eine Verbesserung des Bildungswesens und des Status der Lehrer Einfluss gewinnen können;
- wenn Fragen des Bildungswesens in der politischen Diskussion stehen und entschieden werden sollen, ist Beratung und Vertretung der Lehrerschaft zu fordern. Um mit Gewicht und überzeugend den Gang der «Entscheidungs-Maschinerie» mitzubestimmen, müssen die Lehrer ihre berufliche Kompetenz verbessern und sich auch an entsprechenden Forschungsvorhaben beteiligen;
- werden wesentliche pädagogische Forderungen nicht beachtet, sollten Lehrerverbände darauf bestehen, dass sie ein Recht zum Streiken haben und letztlich «mit gesetzlichen Massnahmen» die Regierung bekämpfen können;
- Lehrer sollten am Leben der Gemeinde engagiert teilnehmen und so deutlich machen, dass sie am Wohlergehen der Gemeinschaft als Ganzes interessiert sind;
- zu den Aufgaben einer Lehrerorganisation gehört aber auch, die Lehrerschaft zu gewinnen, sich im Unterricht für die Ziele und Aufgaben der Vereinten Nationen einzusetzen und die gefühlsmässigen Grundlagen für internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu legen.

John Thompson, Generalsekretär des Weltverbandes, forderte, die Mitgliedorganisationen der UNO sollten engagiert und ernsthaft ihre hohen Ideale verwirklichen und der Lehrerschaft Mitsprache in UNO-Angelegenheiten zugestehen; die Lehrerverbände ihrerseits müssten im Unterricht vermehrt und planmässig auf die Ziele, Erfolge und Misserfolge der UNO eingehen. Zur Verwirklichung dieser Anliegen sei eine starke internationale Lehrerorganisation vonnöten, eine Rolle, die der WCOTP zu erfüllen versuche.

Wanderarbeiter haben Bildungsprobleme

In Strassburg trafen sich am 24./25. März auf Einladung des Europarates zum dritten Male Experten für Fragen der Schulung der Lehrkräfte von Gastarbeiterkindern. Als einziger offizieller Vertreter der Lehrerschaft nahm Paul Rieff (Luxemburg) als Delegierter des WCOTP daran teil. Er unterbreitete einen Fünfjahresplan, der, zusammen mit den Vorschlägen der 11 Teilnehmerstaaten, nunmehr vom Europarat geprüft wird.

Konsumenten-Erziehung

Die Costa Ricanische Lehrervereinigung (ANDE = Asociación de Educadores of Costa Rica) befürwortet Information über Konsumgenossenschaften in den Schulen, in Übereinstimmung mit dem ausdrücklichen Wunsch der Regierung. Im Erholungszentrum San Antonio bei San José wurden im März zwei nationale Werkstatt-Gespräche durchgeführt, an denen Enrique Righetti als ILO-Experte im Namen des WCOTP wertvolle Dienste zur Klärung der Probleme leisten konnte.

Wie können Beamte ihre Rechte geltend machen ?

Vertreter von 56 Staaten erörterten an einer vom Internationalen Arbeitsamt (ILO = International Labour Office) einberufenen Konferenz (7. bis 16. April in Genf) die Frage, wie Angestellte des öffentlichen Dienstes (Beamte) ihre Rechte und Arbeitsbedingungen mitbestimmen können. Voraussetzung ist das Recht, sich frei zu organisieren und die Anerkennung solcher Organisationen. Meinungsverschiedenheiten sollten durch Verhandlungen, Vermittlung und/oder freiwillige Anerkennung eines Schiedsspruches behoben werden. WCOTP-Präsident N. Adiko erwähnte Vorkommnisse in Japan, Australien und Chile, bei denen die Rechte der Lehrerschaft missachtet worden sind.

WCOTP-Europakomitee

Das Europakomitee des WCOTP befasste sich an zwei Sitzungen (10. Mai, 15. Juni) mit den *Beziehungen zwischen dem Europäischen Gewerkschaftsbund* (ETUC) = European Trade Union Confederation) und *nationalen Lehrerorganisationen,* die einem nationalen Gewerkschaftsbund angehören, der Mitglied des ETUC ist. Es wurde beschlossen, der Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften und dem Weltverband von Lehrern (WCT = World Confederation of Teachers, nicht identisch mit WCOTP!) vorzuschlagen, Formulierungen für gemeinsame Ziele zu vereinbaren. Frühere Versuche in dieser Richtung sind von den beiden (sozialistisch-/kommunistisch orientierten) Organisationen nicht aufgegriffen worden.

Das Europakomitee bestätigte seine Auffassung, dass in seinen *Beziehungen mit zwischenstaatlichen Körperschaften* wie z. B. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Weltverband der Lehrerorganisationen (WCOTP) nach wie vor die Interessen aller seiner Mitglieder vertreten solle.

Besprochen wurde ebenfalls die Zusammenarbeit mit der EWG inbezug auf die *Schulung der Kinder von Wanderarbeitern* und deren Chancengleichheit, insbesondere jene von Frauen und Mädchen, behinderten Kindern und Jugendlichen sowie städtischen und ländlichen Bevölkerungsgruppen. Die EWG hat dem Weltverband finanzielle Unterstützung zugesprochen, um die Zusammenarbeit in diesen und anderen Gebieten beiderseitigen Einsatzes zu stärken.

Im April 1976 wird ein *Europäisches Seminar* des WCOTP (in Luxemburg) sich mit der Frage der *«Mitbestimmung in der Planung von Bildungs- und Schulpolitik»* befassen, wobei auch die Zusammenarbeit mit dem Europarat zur Diskussion steht. Eine in Zürich vom 2. bis 6. November 1975 durchzuführende Konferenz der europäischen Mitglieder des Weltverbandes wird aufgrund der Empfehlungen verschiedener Regionalseminare der letzten Zeit Richtlinien für die einzuschlagende Politik in den entsprechenden Fragen ausarbeiten.

ECHO wird in Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Griechisch, Japanisch, Koreanisch, Malaiisch und Thailändisch mit der finanziellen Unterstützung der UNESCO (UNESCO-Subvention 1973, DG-1-005) publiziert. Es ist im Mitgliederbeitrag des Weltverbandes inbegriffen. ECHO kann zusammen mit dem Jahresbericht und den regelmässigen Pressemitteilungen, abonniert werden. Kosten: Fr. 20.— jährlich (Mindestdauer des Abonnements: zwei Jahre).
STEVEN M. BEHRSTOCK, Herausgeber
5, Chemin du Moulin, 1110 Morges
Die deutsche Ausgabe erscheint in einer um die Hälfte gekürzten Fassung. Auswahl und Übersetzung: Dr. L. Jost, Chefredaktor «Schweizerische Lehrerzeitung», CH-5024 Küttigen.
Gedruckt in der Schweiz / Buchdruckerei Stäfa

Bildungsprobleme der Altersgruppe 16–19

Im herrlich gelegenen und komfortablen schwedisch-finnländischen Kulturzentrum Hanasaari bei Espoo/Helsinki (Finnland) diskutierten Vertreter von über 20 Lehrerorganisationen aus 12 europäischen Ländern vom 5. bis 10. Mai 1975 Bildungs- und Ausbildungsprobleme der Sekundarstufe II. In intensiver Gruppenarbeit wurden vorläufige Thesen diskutiert und anschliessend eine Synthese jener Aussagen und Forderungen erarbeitet (nicht ohne Schwierigkeiten!), die mehrheitliche oder einhellige Zustimmung fanden.

Verschiedene Referenten beleuchteten zu Beginn des Seminars Aspekte der Bildungsproblematik dieser Stufe. Prof. *Massarenti* (Abteilung empirische Pädagogik der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Genf) wies hin auf die einseitige Hochschätzung der deduktiven Intelligenz, wie sie das traditionelle Schulsystem fast ausschliesslich pflegt und so leider andere Formen der Intelligenz, ebenso berechtigte und menschgemässe, vernachlässigt. Jedes am Wesen des Menschen orientierte Schulsystem muss deshalb ausser der abstrahierend-deduktiven Intelligenz auch andere Formen von Welterfassung und Kommunikation und Verhalten berücksichtigen und so den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Heranwachsenden entsprechen und gerecht werden (schöpferische Intelligenz, praktische Auseinandersetzung mit der Welt u.a.m.).

Samuli Apajalahti, Vorsitzender des finnischen Verbandes der Lehrer an höheren Schulen, entwickelte Gedanken über die soziale, staatsbürgerliche und politische Bildung der Altersgruppe 16–19. Er befürwortete Behandlung aktueller politischer Probleme im Unterricht, allerdings in vernünftig argumentierender und unvoreingenommener Weise. Das für die demokratische Gesellschaft unerlässliche Engagement in Entscheidungsprozessen muss in geeigneter Weise bereits im Schulleben angelegt werden. Entscheidungen können allerdings nicht getroffen werden, ohne dass eine Grundlegung wesentlicher Werte, auch solcher der Gemeinschaft und des Staates, erfolgt ist.

Jaakko Itälä, ehemaliger Erziehungsminister Finnlands, und Jack Mansell, Präsident der Vereinigung von Lehrern an technischen Lehranstalten Grossbritanniens, erläuterten die Bildungsprobleme der Altersstufe 16–19 aufgrund ihrer konkreten Schulerfahrungen und bestimmter Reformprojekte.

Aufschlussreich war auch der Bericht von *Aimo Tammivuori* über die kürzlich erfolgte Bildung einer Dachorganisation der finnischen Lehrerverbände.

Das aussergewöhnlich warme Vorfrühlingswetter und die keine Wünsche offenlassende Unterkunft sowie ein *anregendes kulturelles Programm* liessen das Hanasaari-Seminar zu einem Erfolg werden, weit über den Ertrag der «Empfehlungen» hinaus, die (ergänzt durch die Ergebnisse des FIPESO-Kongresses vom 20. bis 25. Juli in München) als Vorschlag für eine *Grundsatzerklärung des WCOTP* dienen sollen, worin die bildungspolitischen Forderungen für die Sekundarstufe II festgehalten werden. Diese Erklärung wird an einer Konferenz der Delegierten (2. bis 5. November in Zürich) verabschiedet werden.

Nachfolgend die wichtigsten Empfehlungen des Hanasaari-Seminars:

Recht auf Bildung

Erziehung und Unterricht sollen jedermann ermöglichen, seine verschiedenen Begabungen zu entfalten und so ein befriedigendes persönliches Dasein zu führen, in aktiver, bewusster und verantwortlicher Weise im Berufsleben zu stehen und seine Aufgaben als Staatsbürger auszuüben, wie dies die Entwicklung der Gesellschaft erfordert. Diese umfassende Bildung soll alle Formen menschlicher Tätigkeit anregen und theoretische wie praktische, ästhetische und ethische, allgemeine wie berufsbezogene Aspekte umfassen. Es gehört zum Recht auf Bildung jedes einzelnen eine Ausbildung zu erhalten, die als Grundlage für spätere berufliche Tätigkeit dient und ein Minimum an technischem Wissen einschliesst. Auf dieser Grundausbildung sollten verschiedene Wege der Weiterbildung anschliessen können. Auch muss zwischen den früheren Abschnitten der Ausbildung und den Angeboten für die Altersgruppe 16–19 ein sachlicher und innerer Zusammenhang bestehen.

Neue Bedürfnisse

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen erfordern eine grössere Anzahl qualifizierter Arbeitnehmer. In Anbetracht dieser Bedürfnisse an Arbeitskraft, abhängig auch von technologischen Entwicklungen, sollte jedes Individuum eine Grundausbildung erhalten, die ihm gestattet, sich neuen Forderungen anzupassen, sich weiterzubilden und notfalls selbst völlig neue berufliche Qualifikationen zu erwerben. Diesen Erfordernissen muss die Ausbildung Rechnung tragen.

Allgemeine und berufliche Bildung

Es braucht somit eine Ausbildung, die allgemeine Bildungsgüter vermittelt und zugleich eine berufsgerichtete Schulung damit verbindet, und zwar so, dass die endgültige Wahl eines bestimmten Berufes so spät wie möglich erfolgen kann. Die in gewissen Gebieten unbedingt erforderliche Spezialisierung soll schrittweise erfolgen und nicht allzu eng angelegt sein. Die eigentliche Zurüstung auf die Bedingungen des Arbeitsplatzes soll am Orte selbst, also im Betrieb oder durch kurze Einführungen vor Stellenantritt erfolgen. Die Inhalte des Unterrichts und die angestrebten Verhaltensziele sollen wirklichkeits- und gesellschaftsbezogen sein. Auf fächerübergreifende Projekte und moderne didaktische Erarbeitung ist Gewicht zu legen. Die erworbenen Qualifikationen im Bereich der allgemeinen, technischen und beruflichen Bildung müssen offiziell anerkannt und für die Einreihung in die Besoldungsskalen berücksichtigt werden (womit auch ein Anreiz zur verlängerten Ausbildung geschaffen wird).

Staatsbürgerliche Erziehung

Besonderes Gewicht kommt der Förderung der demokratischen Kompetenz zu (um so mehr als in verschiedenen Ländern politische Mündigkeit vor Abschluss der Berufsbildung erreicht wird). Diese wird erreicht durch Information über Rechte und Pflichten des Individuums und Bürgers, aktive Mitsprache und Mitbestimmung in Schulangelegenheiten (inkl. Lehrplan, Arbeitsmethoden) und allgemein durch Entwicklung der Urteilskraft. Der Unterricht soll auch die Verpflichtung gegenüber internationalen und menschheitlichen Problemen aufgreifen.

Es ist schrittweise eine Vermehrung und Verbreiterung des Bildungsangebotes für alle Jugendlichen anzustreben, so dass diese in mancherlei Weise davon Gebrauch machen können (voll- oder teilzeitlich, Fernkurse, «Offene Universität»). Die bereits im Arbeitsprozess eingegliederten Jugendlichen müssen das Recht erhalten, während der Arbeitszeit Fortbildungskurse zu besuchen.

Weitere Forderungen

- Sämtliche Ausbildungsstätten, eingeschlossen jene der höheren Bildung und die Universitäten, sollten die Bedürfnisse der verschiedenen Berufsfelder und die Belange der éducation permanente vermehrt berücksichtigen. Die Zusammenarbeit aller Stufen und Typen sowie jene zwischen Ausbildungssystemen, Industrie und Berufswesen ist zu verstärken.
- Die Wandlungen im Ausbildungsbereich und in den Unterrichtsformen bedingen eine Anpassung der Lehrerbildung und Eröffnung genügender Fortbildungsmöglichkeiten für die aktiven Lehrkräfte. Alle (obligatorischen) Fortbildungskurse sollten während der ordentlichen Dienstzeit durchgeführt werden. Kein Lehrer sollte wegen der Teilnahme an solchen Kursen finanzielle Verluste erleiden. Die Schulbehörden sollten für Stellvertretung besorgt sein.